

Yu-Hsi Nieh

Taiwan: Rückblick auf die politische Entwicklung im Jahr des Affen (1992)

1 Innenpolitik

Das Jahr nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender und den volkstümlichen Jahresbezeichnungen im Zyklus von zwölf Tieren (in der Reihenfolge: Ratte, Büffel, Tiger, Hase, Drache, Schlange, Pferd, Ziege, Affe, Hahn, Hund und Schwein), das nach dem westlichen Solarkalender am 23. Januar 1993 zu Ende ging, war ein Jahr des Affen. In der Innenpolitik Taiwans gab es in der Tat eine Reihe von "Affentheatern". Es ging dabei um die Verfassungsreform und die China-politik, die trotz langwieriger Auseinandersetzungen und neuer Beschlüsse nebulös geblieben oder sogar noch komplizierter als früher geworden ist. Diese grundsätzlichen Probleme, die eigentlich als ein Keil zwischen der Regierung und der Opposition gelten, spalten nun auch die Regierungspartei.

Die geltende Verfassung der Republik China, die Anfang 1947 in Nanjing (Nanking) verkündet wurde, hat eine dualistische Konstruktion, d.h. eine Vermischung von Präsidialsystem und Parlamentarismus. Einerseits trägt gemäß Art.57 der Exekutiv Yuan, den man häufig schlechthin als "Kabinet" (neige) bezeichnet, dem Gesetzgebung Yuan, also dem Parlament, gegenüber die politische Verantwortung, und dieser hat auch das Recht auf ein Mißtrauensvotum, dem wichtigsten Kennzeichen einer parlamentarischen Demokratie. Andererseits wird der Ministerpräsident gemäß Art.55 vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Gesetzgebung Yuan ernannt, und der Präsident ist nach Art.36 der Oberbefehlshaber der Streitkräfte aller Waffengattungen. Allerdings benötigt dieser beim Erlaß jedes Gesetzes und

jeder Verordnung die Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten und des zuständigen Ministers (Art.37).

Theoretisch steht die Verfassung zwar dem Parlamentarismus näher, aber in der Praxis verfügte Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975), der von 1948 bis zu seinem Tode das Präsidialamt innehatte, kraft seines Charismas und der sog. "Provisorischen Artikel für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (im folgenden PAPMNR), praktisch über unumschränkte Macht. Auch sein Sohn, Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988), der von 1978 an bis zu seinem Tode Präsident der Republik China war, hatte diese Machtfülle. Nach der Beendigung der Ära der Jiang-Familie ist das Machtverhältnis in Zwietracht geraten.

Zur politischen Reform hat die 1.Nationalversammlung mit den noch 1947 gewählten Deputierten am 22.April 1991 die PAPMNR außer Kraft gesetzt und statt dessen die neuen "Zusatzänderungsartikel der Verfassung der Republik China" (im folgenden ZVRC) verabschiedet, die laut ihrer Präambel für die Zeit vor einer Realisierung der Vereinigung Chinas gelten sollen. Die ZVRC haben neben der Vorschrift von Art.5 über die Wahlen zur vollständigen Erneuerung der drei nationalen Parlamentsorgane (Nationalversammlung, Gesetzgebungs- und Kontroll Yuan) die Einschränkung der Wahlen eines Präsidenten auf maximal zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden nach Art.47 des Eigentextes der Verfassung wiederhergestellt und die in den PAPMNR vorgesehenen Sonderbefugnisse des Präsidenten wie z.B. das Notverordnungsrecht eingeengt (Art.7 der ZVRC).

Zur Verfassungsreform gibt es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) und der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party, Minjindang). Während die KMT die Grundkonstruktion der bestehenden Verfassung mit der Fünfgewaltenteilung (Exekutive, Legislative, Kontrolle, Justiz und Prüfung) nach der Lehre Sun Yixians (Sun Yat-sen, Gründer der KMT und der Republik China) und die Gültigkeit der Verfassung für Gesamtchina aufrechterhalten will, strebt die DPP eine völlig neue Verfassung an, die statt der Fünf- die übliche Dreigewaltenteilung (Exekutive, Legislative und Justiz) beinhalten und nur für Taiwan als einem von China unabhängigen Staat gelten soll. Darüber hinaus möchte die Opposition die Nationalversammlung, die den Staatspräsidenten wählt, sowie den Kontroll- und Prüfung Yuan abschaffen und den Staatspräsidenten vom Volk direkt wählen lassen.

Bei den Wahlen zur 2.Nationalversammlung im Dezember 1991, die die Aufgabe der "substantiellen" Verfassungsreform erfüllen sollte, machte die DPP die Aufforderung zur Direktwahl des Staatspräsidenten und zur Gründung eines neuen Staats zu ihrem leitenden Wahlkampfthema. Entgegen allgemeiner Erwartung hat die Opposition damit mehr Stimmen verloren als gewonnen. Die Regierungspartei, mit einer absoluten Mehrheit von rd. 80% der Sitze in der neuen Nationalversammlung, könnte eigentlich ihren Plan zur Verfassungsreform ohne große Schwierigkeiten durchsetzen, doch im März 1992 kam es innerhalb der Partei zu einem heftigen Streit über das Verfahren der Präsidentenwahl. Während der eine Flügel hinter dem Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Li Denghui (Lee Tang-hui) eine Direktwahl befürwortete, beharrte der andere Flügel hinter Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Peitsun) auf dem ursprünglich von einem Arbeitsausschuß des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der Partei unterbreiteten Mischmodell zwischen Direkt- und Indirektwahl nach dem Vorbild der USA, also den Staatspräsidenten durch Wahlmänner mit imperativem Mandat zu wählen. Man nennt den ersten Flügel die "Hauptströmungsgruppe" (Zhuliupai) und den zweiten die "Nichtströmungsgruppe" (Feizhuliupai).

Um die Partei vor einer offenen Spaltung zu retten, wurde nach leidenschaftlichen Debatten auf der Plenartagung des ZEK Mitte März 1992 beschlossen, die Entscheidung über das Modell der Präsidentialwahl zu verschieben. Dennoch setzten sich die Flügelpkämpfe der KMT auf der Sitzung der Nationalversammlung fort. Mit Unterstützung der DPP war der Pro-Präsidenten-Flügel durchaus in der Lage, die Direktwahl für das Präsidentialamt durch eine Verfassungsänderung einzuführen. Darüber hinaus ergaben sich eine Anzahl von Initiativen für die Ausweitung der parlamentarischen Machtbefugnisse der Nationalversammlung, die bislang neben Verfassungsänderungen lediglich die Aufgabe hat, den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen. Diese Vorhaben stießen allgemein auf Ablehnung. Am 24. Mai kam es zu Demonstrationen durch 3.000 Professoren, Studenten und Mitgliedern der DPP in Taipei, auf denen gefordert wurde, die Nationalversammlung abzuschaffen. Unter dem Druck von allen Seiten haben die Deputierten dann unter Boykott der Opposition mit einer überwältigenden Mehrheit lediglich acht der von der Regierungspartei unterbreiteten Artikel verabschiedet.

Die wichtigste Verfassungsänderung ist die Reform des Kontrolllyuan. Bislang wurden die Mitglieder des Hauses von den Parlamenten der Provinzebene gewählt. Gemäß der neuen Vorschrift werden sie - einschließlich ihres Vorsitzenden - statt dessen vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung der Nationalversammlung ernannt. Genau so werden dann auch die Mitglieder des Prüfungsyuan und die Verfassungsrichter (dafaguan) des Justizyuan ernannt. Gleiches betrifft ebenfalls die Ernennung der Präsidenten des Prüfungs- und Justizyuan; bislang hatte der Kontrolllyuan das Zustimmungsrecht für solche Ernennungen. Dadurch wurden die Machtbefugnisse dieses Verfassungsorgans stark abgebaut, wohingegen die Position der Nationalversammlung sowie die des Staatspräsidenten verstärkt wurde. Als Machtzugewinn für die Nationalversammlung zählt auch die neue Bestimmung, daß sie zukünftig statt aller sechs Jahre regelmäßig jedes Jahr mindestens einmal tagen wird. Das Modell der Präsidentialwahl soll bis zum 20. Mai 1995 entschieden werden, was eine weitere Verschiebung bedeutet.

Am 19. Dezember 1992 wurde der Gesetzgebungsyuan zum ersten Mal seit 44 Jahren vollständig neu gewählt, wobei die Regierungspartei große Stimmenverluste hinnehmen mußte. Nach dem endgültigen Ergebnis gehören jetzt in diesem wichtigsten nationalen Parlamentorgan 101 Sitze der KMT, 52 der DPP (einschließlich eines Mandats des Kreises Hualian, das nach einer Korrektur von Wahlunregelmäßigkeiten durch das Wahlkomitee erst am 18. März 1993 entschieden wurde), 1 zur CSDP (Chinese Social Democratic Party) und 7 zu Parleilosen. Im Vergleich zum Stand vor den Wahlen, als nur noch die 1989 gewählten ergänzenden Abgeordneten des 1. Gesetzgebungsyuan im Haus geliebt waren, ist der Sitzanteil der KMT von 74,4% auf 62,7% gesunken, hingegen hat die DPP ihren Sitzanteil von 14,4% auf 32,3% verbessert.

Die Wahlschlappe der KMT wurde vor allem durch die innerparteiliche Spaltung verursacht. Im Wahlkampf vertraten die Kandidaten der Gruppe "Hauptströmung" sowie der Opposition die Parole "ein China, ein Taiwan" (yizhong yitai) und griffen Ministerpräsident Hao an. Hingegen richteten die Kandidaten der Gruppe "Nicht-hauptströmung" in ihrer Wahlpropaganda Appelle zur Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und Fortsetzung des Kabinetts von Hao an die Wähler und schnitten damit überraschend gut ab. Zhao Shaokang (Jaw Shau-kang) und Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), die kurz vor den Wahlen von ihrem Amt als Vorsitzender des Komitees für den Umweltschutz bzw. Finanzminister zurückgetreten waren und zur "Nicht-hauptströmung" zählen, kamen landesweit bzw. in der Hauptstadt Taipei auf das beste Ergebnis. Tief enttäuscht ist die Gruppe der "Hauptströmung", da viele ihrer Anhänger nicht durchkamen oder es nur knapp schafften. Dies gilt nach allgemeiner Meinung auch als persönliche Niederlage des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui.

Die KMT behält trotz großer Stimmen- und Sitzverluste im Gesetzgebungsyuan ihre absolute Mehrheit, und die "Hauptströmung" bleibt trotz der verstärkten Position der "Nicht-hauptströmung" weiter die führende Kraft der Regierungspartei. Allerdings muß die Hauptströmungsgruppe zwei Oppositionen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen gegenüberste-

hen, nämlich der Nicht-hauptströmungsgruppe als innerparteilicher Opposition und der DPP als der eigentlichen Opposition. Das "Dreiecksverhältnis" war besonders bei der Regierungsumbildung nach den Gesetzgebungsyuan-Wahlen zu erkennen.

Die Verfassung sieht eigentlich keine Bestimmungen zur Amtsperiode des Ministerspräsidenten vor. Um damit einen konstitutionellen Präzedenzfall zu schaffen, hatte Hao Bocun noch vor den ersten Wahlen zur vollständigen Erneuerung des Gesetzgebungsyuan den Rücktritt seines gesamten Kabinetts angekündigt. Doch die Anhänger der Nicht-hauptströmungsgruppe forderten im Hinblick auf ihren Wahlerfolg, daß man die Regierung nicht verändern oder Hao nach einem formellen Rücktritt wieder zum neuen Ministerpräsidenten ernennen solle. Dies lehnte Präsident Li Denghui mit dem Argument des notwendigen "Generationswechsels" ab und bevorzugte den eigenen politischen Schützling Lian Zhan (Lien Chan) für das Amt. Schließlich entschloß sich Hao Ende Januar d.J. zum Rücktritt, weil er allein durch die Unterstützung der Abgeordneten der Nicht-hauptströmungsgruppe der KMT keine Mehrheit im Gesetzgebungsyuan erwarten konnte.

Kurz vor Ende des Jahres des Affen, Mitte Januar 1993, wurde der 2. Kontrolllyuan gemäß der o.g. neuen Verfassungsbestimmung zusammengesetzt. Damit sind alle drei nationalen Parlamentsorgane der Republik China in Taiwan nach über 40 Jahren vollständig erneuert. Bei der Abstimmung der Nationalversammlung über die Zustimmung der 29 vom Staatspräsidenten nominierten Mitglieder des Hauses kamen vier wegen fehlender Mehrheit nicht durch. Die DPP nahm an der Abstimmung nicht teil, weil sie - wie gesagt - den Kontrolllyuan abschaffen will. Allerdings gehören auch drei der neuen Mitglieder dieses Hauses der Oppositionspartei an.

2 Außenpolitik

Außenpolitisch hat Taiwan das Jahr des Affen sowohl Erfolge als auch Niederlagen gebracht. Nach wie vor befinden sich beide chinesische Seiten, Beijing und Taipei, in einem diplomatischen Kampf. Beijing beansprucht international unverändert die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich

Taiwan, während Taipei seit 1989 unter dem Leitspruch "tanxing wajiao" (flexible Diplomatie) oder "wushi wajiao" (praktische Diplomatie) bereit ist, auch "Doppelanerkennungen", d.h. die Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen, zu akzeptieren.

Ende Januar 1992 nahmen Taiwan und Lettland Generalkonsulbeziehungen auf, und Beijing zog Anfang Februar 1992 seine Botschaft in Riga "vorläufig" zurück, die angeblich überhaupt noch nicht eingeweiht war. Am 19. Juni erkannte das westafrikanische Land Niger trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit der VR China die Republik China in Taiwan an. Unter dem Protest aus Beijing und dem Druck des eigenen Parlaments wurde neun Tage später die Anerkennung zurückgezogen; Ministerpräsident Amadou Cheifou dementierte aber danach die Aufhebung der Anerkennung. Nach einem Tauziehen von über einem Monat gab schließlich seine Regierung am 21. Juli der Eröffnung der Botschaft Taipeis in Niamey ihre Zustimmung und am folgenden Tag noch eine schriftliche Erklärung zur Bekräftigung der unveränderten Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taipei. Darauf "suspendierte" (zhongzhi) Beijing am 30. Juli seine diplomatischen Beziehungen zu Niger aus Protest gegen dessen Zwei-China-Politik.

Einer Pressemeldung zufolge gewährte Taiwan Niger am 20. August ein günstiges Darlehen in Höhe von 50 Mio. US\$ mit einer Laufzeit von 15-20 Jahren und einem Zinssatz von 7%. Am darauf folgenden Tag überreichte der neue taiwan-chinesische Botschafter in Niamey, Lin Zhihong, sein Beglaubigungsschreiben. Vom 25. bis 28. August stattete Ministerpräsident Cheifou Taiwan einen Staatsbesuch ab. Er bestätigte öffentlich die o.g. Finanzhilfe von Taiwan. Darüber hinaus will Taiwan, so heißt es, Niger weitere 5 Mio. US\$ schenken, um damit die von Beijing nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen hinterlassenen unvollendeten Projekte einer Universitätsbibliothek und von Bewässerungsanlagen auszuführen.

Eine große und schmerzhaft außenpolitische Niederlage für Taiwan im Berichtsjahr war der Verlust der diplomatischen Bastion in Seoul. Südkorea, ein treuester antikommunistischer Kampfgefährte Taiwans, hatte am 24. August Beijing als die einzige

legitime Regierung Chinas anerkannt und gleich volle diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen. Im gemeinsamen Kommuniqué dazu heißt es u.a. auch, daß Seoul den Anspruch Beijings auf Taiwan als einen Bestandteil Chinas respektiert. In der Vergangenheit hatte es bereits häufig Spekulationen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten gegeben. Es war Beijing, das als engster verbündeter Nachbarstaat Nordkoreas gezögert hatte, Südkorea offiziell anzuerkennen. Die Wende, die kurz nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Taiwan und Niger und einen Tag vor dem Taiwanbesuch des Ministerpräsidenten von Niger kam, wurde in Taiwan als ein Vergeltungsschlag Beijings verstanden. Man erinnert sich daran, daß Beijing im Juli 1990 mit dem großen Sieg im Kampf um die Anerkennung durch Saudi-Arabien, Taipeis Freude über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu vier kleinen Staaten, Grenada (Juli 1989), Liberia, Belize (beide Oktober 1989) und Lesotho (April 1990), stark gedämpft hatte. Am 22. August wurde Taipei gezwungen, die diplomatischen Beziehungen zu Seoul zu "suspendieren". Damit ist Taiwan in Asien diplomatisch völlig isoliert.

Dubios sind Taiwans Beziehungen zu der Republik Vanuatu im Südpazifik. Beide Seiten haben am 24. September 1992 ein gemeinsames Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung unterzeichnet. Vanuatu unterhält seit 1982 volle diplomatische Beziehungen mit der VR China. Nach der Unterzeichnung des Dokuments sagte Vanuatus Außenminister Serge Vohor in Taipei vor der Presse, daß Beijing einen gewissen Druck auf sein Land ausgeübt habe. Aber Vanuatu sei ein unabhängiger Staat und habe das Recht, "seine Partner" zu wählen. Für das Volk von Vanuatu sei Taiwan die Republik China. Sein Amtskollege Qian Fu (Fredrick Chien) erklärte, daß beide Seiten noch nicht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesprochen hätten. Dies dürfte der nächste Schritt sein.

Am 25. September, also einen Tag nach der Unterzeichnung des genannten gemeinsamen Kommuniqués, erklärte die Regierung von Vanuatu, daß sich die "Anerkennung" nur auf Handelsbeziehungen beschränke und dies die guten Beziehungen Vanuatus mit

Beijing nicht beeinflusse. Beijings Vizeminister für Außenwirtschaft und Handel, Wang Wendong, der gerade Vanuatu besuchte, äußerte, seine Regierung sei nicht gegen Handelskontakte zwischen dem südpazifischen Land und Taiwan. Das Außenministerium in Taipei besteht auf der politischen Bedeutung des von beiden Außenministern unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqués zur gegenseitigen Anerkennung. Die Nuancierung in der Anerkennung zweier chinesischer Staaten durch Vanuatus Regierung erfolgte unmittelbar auf die Zusage Beijings, Vanuatu eine Entwicklungshilfe von 3,6 Mio. US\$ zu gewähren.

Nach dem Plus und Minus der diplomatischen An- und Aberkennung durch Niger bzw. Südkorea bleibt die Anzahl der Staaten, die volle diplomatische Beziehungen zur Republik China in Taiwan unterhalten, unverändert bei 29, und zwar ein in Europa (Vatikanstadt), acht in Afrika (Guinea-Bissau, Lesotho, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), fünfzehn in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominika, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay) und vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu). In einigen Staaten ohne diplomatische Beziehungen wie z.B. Angola, Saudi-Arabien, Singapur, USA, Japan und den Philippinen können die halbamtlichen Vertretungen Taiwans auch unterschiedliche diplomatische Privilegien genießen. In Lettland hat Taiwan, wie erwähnt, ein Generalkonsulat.

Mittelamerika gilt als die letzte starke Bastion Taiwans im diplomatischen Kampf mit Beijing. Die Taipeier Regierung ist an der "Central American Bank of Economic Integration" mit einem Beitrag von 150 Mio. US\$ beteiligt. Außerdem hat sie jeweils 30 Mio. US\$ Entwicklungshilfe an Costa Rica, Nicaragua und Honduras gewährt. Am 7. und 8. Sept. fand in Taipei die 1. Tagung der im Dezember 1991 gegründeten Organisation für Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Mittelamerika ("ROC-Central America Mixed Commission of Cooperation") statt, an der Außenminister Qian Fu und seine Amtskollegen aus sieben mittelamerikanischen Staaten (Belize,

Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama) teilnahmen. In einer gemeinsamen Erklärung nach Abschluß der Tagung betonte Qian Taiwans Bereitschaft, die Integrationsplanung von Mittelamerika zu unterstützen. Zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung bot er den Staaten dieser Region Hilfe im Rahmen der Berufsausbildung, Verbesserung der Produktionsstruktur und des Transportsystems an, um die Produktivität, Produktqualität und Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt anzuheben. Auf der anderen Seite äußerten die mittelamerikanischen Außenminister ihre Bereitschaft, Taiwans Rückkehr in die internationalen Organisationen zu unterstützen und weitere Förderungsmaßnahmen für Investitionen aus Taiwan auszuarbeiten.

Im Laufe des Berichtsjahres haben zwei mittelamerikanische Staatsoberhäupter Taiwan besucht: Nicaraguas Präsidentin Violeta Chamorro (3.-7.März) und Guatemalas Präsident Jorge Antonio Serrano (29.August - 2.September). Ferner hielt sich der Vizepräsident von Bolivien, Luis Ossio Sanjinés, vom 24. bis 29.April 1992 in Taiwan auf. Sein Besuch wurde aufmerksam verfolgt, weil Bolivien volle diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält. Ende Oktober 1990 hatte das lateinamerikanische Land trotz der diplomatischen Beziehungen mit Beijing Taiwan gestattet, eine Vertretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" in La Paz zu gründen, das den gleichen Status wie internationale Organisationen genießt.

Während des Besuches von Sanjinés wurde auch eine offizielle Vertretung seines Landes in Taipei eröffnet. Gegenüber der Presse wick er der Frage aus, ob La Paz bereit sei, diplomatische Beziehungen zu Taipei wieder aufzunehmen. Er sagte nur, er gehöre zu der Oppositionspartei Boliviens, die ein starkes Interesse daran habe. Taiwans diplomatische Beziehungen zu Bolivien waren am 11.Juli 1985 abgebrochen worden, nachdem Bolivien zwei Tage zuvor diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte.

Aus Osteuropa war der lettische Ministerpräsident Ivars Godmanis in Begleitung der Außen-, Finanz-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Bildungsminister, des Ministers für Bau

und Energie und des Präsidenten der nationalen Zentralbank vom 13. bis 17.September 1992 zu einem offiziellen Besuch in Taiwan. Vom 16. bis 22. desselben Monats besuchte Oleg Lobow, Vorsitzender des Beraterrats des russischen Präsidenten, in Begleitung des Ersten Vizeministers für Handel und Materialressourcen, W. Wojagow, und andere hochrangige Beamte der russischen Regierung für Wirtschaft und Handel Taiwan. Noch kurz davor hatte Taipei die Vereinbarung beider Seiten über die gegenseitige Einrichtung einer halbamtlichen Koordinierungskommission für Wirtschaft und Kultur bekanntgegeben. Den baltischen und GUS-Staaten hat Taiwan eine Reihe von Wirtschafts- und humanitären Hilfen gewährt.

Auch Wirtschafts- und Handelsminister von westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, der Schweiz, Deutschland und den USA reisten trotz diplomatischer Beziehungen mit Beijing der Reihe nach Taipei, um zur Förderung ihrer Wirtschaft Aufträge im Rahmen des taiwanesischen Sechsjahresplans mit dem gigantischen Investitionsvolumen von 8.200 Mrd.NT\$ (umgerechnet über 500 Mrd.DM) zu beschaffen. Am 18.November 1992 vereinbarte eine 60köpfige deutsche Delegation unter Leitung des damaligen Bundeswirtschaftsministers Jürgen Möllemann während dessen eintägigen Aufenthalts in Taipei umfangreiche Wirtschafts- und technische Zusammenarbeit mit Taiwan.

Im November 1992 haben Washington und Paris trotz scharfer Proteste aus Beijing beschlossen, 150 Kampfflugzeuge vom Typ F-16 im Wert von 5,8 Mrd.US\$ bzw. 60 vom Typ Mirage 2000-5 einschließlich 1.500 Raketen von MICA und Magic-2 im Gesamtwert von 3,5 Mrd.US\$ an Taiwan zu verkaufen. Als Vergeltungsmaßnahmen ordnete Beijing die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) an und schloß französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Bauprojekt in der Stadt (1 Mrd.US\$) aus. Der deutsche Bundessicherheitsrat in Bonn hat aus Rücksicht auf die deutschen Beziehungen zu Beijing am 28.Januar 1993 das Waffengeschäft mit Taiwan zur Lieferung von 10 U-Booten und 10 Fregatten im Gesamtwert von 12,5 Mrd.DM nicht gebilligt.

Ende September 1992 erhielt Taiwan nach langwierigen Verhandlungen von drei Jahren zunächst einen Beobachterstatus im GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und sandte am 4.November eine Delegation nach Genf zur Teilnahme an der Ratssitzung der internationalen Handelsorganisation. Vor 21 Jahren war die Regierung Taipei aus der UNO ausgeschlossen worden als diese Beijing als Mitglied aufnahm. Zugleich verlor sie die Mitgliedschaft in allen zur UNO gehörenden oder mit der UNO verbundenen Organisationen einschließlich des GATT. Daher wird in Taiwan die Teilnahme an GATT-Verhandlungen als großer außenpolitischer Erfolg gewertet. Da sich Beijing ebenfalls um die Mitgliedschaft im GATT bemüht, war Taiwan allerdings gezwungen, statt seiner offiziellen Staatsbezeichnung "Republik China" die erniedrigende Bezeichnung "Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu" und die Abkürzung davon "Chinesische Taipei" hinzunehmen.

3 Chinapolitik

Zwischen Beijing und Taipei herrscht immer noch "Aprilwetter". Beide Seiten sprechen von chinesischer Einheit und friedlicher Vereinigung, zögern jedoch, direkt zu verhandeln. Beijing verlangt bislang Gespräche zwischen den zwei Parteien KPCh und KMT, weil es Taipei nicht als einen gleichberechtigten Verhandlungspartner, sondern nur als eine lokale Regierung Chinas behandeln will. Hingegen behauptet Taipei, daß zur Zeit in China zwei politische Gebilde und zwei Regierungen beständen. Solange Beijing dies nicht akzeptiert, ist Taipei auch nicht bereit, politisch zu verhandeln. Außerdem fordert Taipei von Beijing, Taiwan nicht international zu isolieren und auf Gewaltanwendung gegen Taiwan zu verzichten. All dies lehnt Beijing mit dem Argument ab, das würde zur Bildung von zwei chinesischen Staaten führen.

Obwohl der offizielle "chinesisch-chinesische" Kontakt bislang noch nicht stattfindet, haben sich im Laufe des Berichtsjahres die inoffiziellen, indirekten bzw. halbamtlichen Verbindungen ständig verstärkt. Im Mai und Juni 1992 haben zwei prominente Seniorpolitiker Taiwans, Zhao Yaodong (Chao Yao-tung, 77) und Wu Dayou

(Wu Ta-you, 86), jeweils einen 26tägigen Besuch auf dem chinesischen Festland gemacht, wobei sie von führenden Partei- und Regierungspolitikern empfangen wurden. Zhao, der 1981-1984 Wirtschaftsminister und 1984-1988 Vorsitzender des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung unter dem Exekutiv Yuan war, bekleidet z.Z. das nominelle Amt eines politischen Beraters im Präsidialamt, und Wu, ein bekannter Physiker, ist Präsident der höchsten akademischen Anstalt in Taiwan, der "Academia Sinica". Nominell nahm Zhao als Berater eines Wirtschaftsinstituts "Chung-Hua Institution for Economic Research" an der Reise der "inoffiziellen" Delegation zur Untersuchung der Perspektiven der Wirtschaftsreform und der Investitionschancen auf dem chinesischen Festland teil. Während seines Aufenthaltes vom 12. Mai bis 6. Juni führte er allerdings u.a. auch Gespräche mit Staatspräsident Yang Shangkun und den Vizeministerpräsidenten Wu Xueqian und Zhu Rongji in Beijing. Wu Dayou, der vom 14. Mai bis 11. Juni auf dem chinesischen Festland war, nahm u.a. an einer Versammlung chinesischer Physiker aus beiden Seiten der Taiwan-Straße und dem Ausland in Beijing teil, wobei er auch mit Staatspräsident Yang Shangkun, dem Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, und Ministerpräsident Li Peng zusammentraf.

Ebenfalls spektakulär war der neuntägige Besuch einer ersten Delegation von sieben hochkarätigen Naturwissenschaftlern aus dem chinesischen Festland vom 8. bis 16. Juni 1992 in Taiwan. Fünf Delegationsteilnehmer sind Mitglieder der KPCh, einer gehört zum Ständigen Ausschuss des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Davor war allen Mitgliedern der KPCh sowie allen Amtsträgern des Beijinger Regimes die Einreise in Taiwan streng verboten. Am 15. Juni gab Wu Dayou in seiner Funktion als Präsident der Academia Sinica einen großen Empfang für die Delegation, an dem u.a. auch Verteidigungsminister Chen Li'an teilnahm. Auf dem Abschiedsbankett der Delegation am 16. Juni erschien auch der Generalsekretär des Präsidialamts, Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si). Aber sowohl Chen als auch Jiang erklärten, sie seien nur in ihrer Funktion als Beiratsmitglieder der Academia Sinica den Wissenschaftlern aus dem Festland begegnet.

Vom 5. bis 12. September 1992 hielt sich noch eine 18köpfige Delegation von Journalisten des chinesischen Festlands eine Woche lang in Taiwan auf. Außerdem kamen vier bekannte, betagte Naturwissenschaftler zu einem einwöchigen (10.-17.9.) Besuch: Zhao Zhongyao (90), Tang Peisong (89), Huang Jiqing (88) und Feng Depei (85); sie gehören zu den ersten in Nanking gewählten Mitgliedern der Academia Sinica der KMT-Regierung.

Während ihres Aufenthalts in Taiwan führten vier der Journalisten - ein Kommentator der *Volkszeitung* (RMRB), eine Reporterin der Presseagentur Xinhua, ein Reporter des Zentralen Volksrundfunks und ein Photograph des Zentralen Fernsehens von Beijing - ein aufsehenerregendes Interview mit dem legendären General Zhang Xueliang (90). Zhang, bekannt als "Junger Marschall" der ehemaligen nordostchinesischen Truppen, hatte am 12. Dezember 1936 durch einen Coup in Xi'an Jiang Jieshi festgenommen und ihn gezwungen, den Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten einzustellen. Nach der Beilegung der "Xi'an-Affäre" war Zhang von Jiang unter Hausarrest gestellt worden. Erst nach dessen Tod 1975 und nach dem Ableben seines Sohnes und Nachfolgers Jiang Jingguo 1988 bekam Zhang allmählich seine Freiheit wieder zurück. Die KPCh sieht Zhang als einen nationalen und historischen Helden an und hatte in der Vergangenheit stets seine Freilassung gefordert.

Zu den Journalisten vom Festland sagte Zhang, er befürworte die Vereinigung Chinas. Trotz aller komplizierten Fragen sei er optimistisch über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Er möchte aber nicht so viel über politisch empfindliche Fragen sprechen.

Am 16. Juli 1992 hat der Gesetzgebungs Yuan ein Gesetz unter dem Titel "Bestimmungen über die Beziehungen zwischen den Menschen der Region Taiwan und der Region des Festlands" (Taiwan-diqu yu dalu-diqu renmin-guanxi tiaoli, engl. Übersetzung: "Statutes Governing Relations Between People in the Taiwan Region and People in the Mainland Region") verabschiedet. Das Gesetz mit insgesamt 96 Artikeln sieht die prinzipiellen Regelungen für Reisen, Handel, Kul-

turaustausch sowie Fragen der Eheschließung, Familienzusammenführung, Erbschaft, Urkundenanerkennung usw. vor. Vom Gesetzentwurf bis zur Verabschiedung hatte es über vier Jahre gedauert.

Das Gesetz ist auf starke Kritik Beijings gestoßen. Li Qingzhou, Sprecher von zwei Büros für taiwanesischen Angelegenheiten, einem im ZK der KPCh und einem unter dem Staatsrat, verneinte die Legitimität des Gesetzes und warf Taiwan vor, gegen das Prinzip eines chinesischen Staates durch solche Formulierung wie "ein Staat, zwei Regionen" oder "ein Staat, zwei Regierungen" zu verstoßen.

Ende März und Ende Oktober 1992 trafen die Vertreter der halbamtlichen Kontaktorganisationen beider Seiten, die "Haixia Jiaoliu Jijinhui" (Stiftung für den Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße) von Taiwan und die "Haixia Liangan Guanxi Xiehui" (Vereinigung für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße) vom Festland, in Beijing bzw. Hongkong zusammen, um über gegenseitige Beglaubigung von Urkunden und Nachforschung nach Posteinschreibesendungen zu verhandeln. Der Erfolg scheiterte daran, daß Beijing den Begriff von "einem China" in eine Übereinkunft aufgenommen haben wollte und daß sich beide Seiten über die Bedeutung von "einem China" nicht einig konnten.

Dennoch rechnet man damit, daß es noch 1993 zu einem Kompromiß über innerchinesische Verbindungen hinsichtlich Handel, Investitionen, Kulturaustausch, technische Zusammenarbeit, gemeinsame Bekämpfung von Kriminalität, Postverkehr und andere Zivilrechtsfragen kommen wird, weil beide Seiten im Hinblick auf die drastisch zunehmende Wirtschaftsverflechtung zwischen ihnen großes Interesse daran haben. Im vergangenen Jahr betrug der über Hongkong abgewickelte indirekte "chinesisch-chinesische" Handel 7,4 Mrd. US\$ (+27% gegenüber dem Vorjahr), und die Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem chinesischen Festland erreichten ein Volumen von 8,97 Mrd. US\$ (+29%). Damit rangiert Taiwan als viertgrößter Handelspartner (hinter Hongkong, den USA und Japan) der VR China und als zweitgrößter Investor (hinter Hongkong) auf dem chinesischen Festland.